

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergewerkschaften sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 40.

Sonntag, den 1. Oktober.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Nicht ohne Grund wurde seitens mancher Gewerkschaftler dem diesjährigen Parteitag der Sozialdemokratie mit Spannung entgegengesehen. Der im Mai stattgefundenen Gewerkschaftskongress hatte mit seinen Reden und Beschlüssen über Maisfeier und Generalstreik diese Spannung hervorgerufen. Wir müßten lügen, wenn wir sagen würden, wir hätten, wenn auch nur zum mindesten diese Spannungsgefühle geteilt. Und man wird uns dies glauben, denn wir haben in unserm Urteil über den Kölner Gewerkschaftskongress bereits zwischen den Zeilen kühn durchblicken lassen, daß der sozialdemokratische Parteitag die kölnischen Entgleisungen wieder einrenten werde. Das ist denn auch geschehen.

Der sogenannte Zwist zwischen Gewerkschaften und Partei ist ein Wahngewilde und in den Debatten des Parteitages auf die differierenden Meinungen einiger Gewerkschaftsführer reduziert worden, ganz in dem Sinne, wie wir das Vorgehen einzelner Gewerkschaftsführer charakterisiert hatten. Der Blick für das Allgemeine, Umfassende der Arbeiterbewegung wurde auf dem Parteitag geschärft, während er auf dem Gewerkschaftskongress eingesenkt worden war. Unter den großen Aufzügen der Arbeiterbewegung ist es ohne große Schwierigkeiten möglich, die gelegentlich in einzelnen Fragen auseinanderstrebenden Teile wieder zusammenzuführen, wenn es auch einer oder der andere schwer über sich gewinnen kann, eine vorgefaßte falsche Meinung abzuwerfen: der Eigendünkel läßt sich eben bei manchem schwer ausrotten, obgleich die Ziele der Arbeiterbewegung auch auf die Ausrottung des Meinungsegoismus gerichtet sind.

Jeder Parteitag, überhaupt jede Zusammenkunft, die über die ans Ziel führenden Wege berät, schließt etwas ab von diesem Meinungsegoismus und die Wucht der im Kampfe sich vollziehenden Tatsachen trägt das übrige dazu bei, falsche Auffassungen und vorgefaßte Meinungen zu zerstören. So hat auch dieser Parteitag große einigende Momente gehabt, das weitere wird sich finden.

Merkwürdig stehen die Entscheidungen des Parteitages in puncto Maisfeier und politischen Massenstreik (Generalstreik) denen des Kölner Gewerkschaftskongresses gegenüber, aber dadurch wird nur bestätigt, daß die große Masse der beteiligten Arbeiter, die auf dem Parteitag unüberwunden zum Wort kommt, anders denkt, als auf dem Gewerkschaftskongress von mancher Seite angenommen wurde. Und nun hat man sich nach den Beschlüssen des Parteitages zu richten.

Mit dem Beschluß über die Maisfeier sind wir ganz einverstanden und es scheint uns auch richtig, die Frage des Massenstreiks von Parteivorgen auf das politische Gebiet zu beschränken. Ob und wie sich ein politischer Massenstreik einmal in Deutschland vollziehen wird, kann heute niemand sagen. Aber sicher ist, daß seine etwaige Anwendung auch von den Erfahrungen abhängen wird, die die Arbeiter inzwischen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen machen, die eher den Charakter der Massenausperrungen statt der Massenstreiks hervorzurufen scheinen. Man mag ruhigen Blickes der Entwicklung dieser Kämpfe folgen, man wird dann seinerzeit im Notfalle die Lage der Verhältnisse und die Kräfte der im Kampfe geschulten Arbeiter besser beurteilen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Kein Kampfmittel wird im Notfalle abgelehnt, das Erfolg verspricht und mindestens den Gegner schwächt, wenn man ihn nicht endgültig besiegen kann. Die düstern Prophezeiungen der Gegner des politischen Massenstreiks brauchen deshalb noch lange nicht einzutreffen.

Kurz, der Parteitag hat entschieden und nun — gemeinsam vorwärts!

Das Vordringen der Partei wird sicherlich auch gefördert durch den Ausbau ihrer Organisation, wie er in Jena vollzogen wurde. Es ist das nach Prüfung der Parteiverhältnisse in den einzelnen deutschen Staaten mögliche, was in Jena geschaffen wurde. Die Organisationen in den einzelnen Staaten sind einander nachgebildet, aber nicht gleich; darauf mußte Rücksicht genommen werden. Auch kommt die innere politische Lage dieser Staaten, die sehr verschieden ist, in Betracht. Dennoch ist ein Organisationsstatut geschaffen, wie wir es einheitlicher in der Partei noch nicht hatten, abgesehen von den Organisationen der „Eisenacher“ und „Dassalleaner“. Allseitig wurde auch die Verpflichtung anerkannt, die Parteizentrale resp. die allgemeine Parteikasse mehr zu unterstützen als bisher. Die Partei wächst, mit ihr auch der Kreis ihrer Geschäfte, die einer einheitlichen und doch vielseitigen Leitung bedürfen. Die Solidarität kommt in der Organisation am sichtbarsten zum Ausdruck, darum begrüßen wir den vom Parteitag einstimmig beschlossenen Ausbau der Organisation.

Die leidigen Streitigkeiten, die in der sozialdemokratischen Partei, wie auch in andern Parteien vorkommen, sind in verständiger Weise geschlichtet worden und es war thöricht von unsern Gegnern, zu glauben, daß persönlicher Streit unter Parteimitgliedern zur Zerlegung der Partei führen oder wenigstens deren Vorwärtsschreiten so hemmen könnte, daß die Gegner dabei ihre Rechnung fänden. Diese politisch kindlichen Illusionen sind zerstört worden; geschlossener als je steht die Sozialdemokratie da und wir sind dessen gewiß, daß diese Geschlossenheit die Propaganda für die Ziele der Partei mächtig heben wird.

Der Parteitag in Jena hat weit mehr erfüllt, als man sich von ihm versprach. Das spricht auch aus den zum Teil verlegenen, zum Teil wütenden Besprechungen in der bürgerlichen Presse. Die Objektivität dieses Parteitages wird auch nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Gewerkschaften bleiben.

Die Resolutionen über Maisfeier und politischen Massenstreik lauten folgendermaßen:

Resolution zur Maisfeier.

Die Maisfeier ist eine zur Unterstützung der Massenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Massendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maisfeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

R. Fischer.

Resolution zum politischen Massenstreik.

1. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.), und selbst die Verschlechterung bestehender rücksichtiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlüberereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindevahlverschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Baden, Sachsen, Sachsen-Meinungen) und Orten (Kiel, Dresden, Fürth, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiter ist

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volks, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag

die unumkehrliche Anwendung der Massen-Arbeits-einstellung. Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen

und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staats und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

2. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die, in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren. A. Bebel.

Sozialistische Jugendliteratur.

Der Sozialismus verlangt den ganzen Menschen und begnügt sich nicht damit, den gewerkschaftlich und politisch gesinnten Menschen zu haben, und zwar verlangt er den ganzen Menschen, weil er eine Weltanschauung, weil er wirtschaftlich, politisch und philosophisch eine Ganzheit ist. Gerade wie feineresit das obliegende Christentum von den Ueberläufern aus dem Heidentum die Ganzheit desselben für seine Zwecke forderte, wie wenig auch im übrigen die sonstigen Fundamente des Christentums mit der Lehre des Nazareners gemeinsam hatten, und der Sozialismus über das, was die christliche Lehre und später die Kirche forderte, weit weit hinausgeht. Aber insofern die volle Eingabe an die Sache im geschichtlichen Christentum in Frage gekommen ist, müssen auch wir Sozialisten das gleiche fordern; es ist deshalb in der Tat nicht gleichgültig, ob ein Sozialist in philosophischer Hinsicht, d. h. seiner Gottes- und Weltanschauung nach, religiös (von religio: Gottglaube) oder antireligiös sei (antireligiös: gleichgültig), ob als sogen. Freireligiöser, Freidenker, Dissident, oder aber als naturwissenschaftlicher Monist. Es ist nicht gleichgültig fagen wir, wenn gleich das sozialdemokratische Parteiprogramm die Religion für Privatfache erklärt hat. Denn letzteres heißt in der Anwendung nichts anderes, als daß der Sozialismus keinen zu einem bestimmten religiösen Kultus oder einem bestimmten philosophischen Glaubensbekenntnis zwingt. Aber wir haben eine sozialistische Philosophie, deren Grundlehren jede besondere Gottesanschauung und Moral- und Sittenlehre überflüssig machen.

Indem wir den ganzen Menschen, also auch die Seele des Menschen fordern, versteht es sich von selbst, daß wir auch auf die Gestaltung der Psyche, d. i. des Seelenlebens des Menschen Einfluß nehmen müssen, und zwar schon von der Kindheit an, und damit ist auch die Frage einer besonderen Jugendliteratur gegeben, damit sind wir mitten in unserm Thema.

Wir beabsichtigen nun keineswegs, an dieser Stelle die näheren Grundzüge, von denen eine Jugendliteratur für die proletarische Arbeiterjugend auszugehen hätte, darzulegen, vielmehr würde das weit besser und ergiebiger einmal in der Monatsbeilage des Tabak-Arbeiters geschehen können, wohl aber müssen wir daran erinnern, daß der Klassengegenatz von reich und arm, das Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten, Gebildeten und Ungebildeten usw. auch verschiedene Klassen sitten und Klassenmoral erzeugt hat, und z. B. in Arbeiterkreisen vieles für unmoralisch und unmoralisch gehalten wird, was in den sogen. besseren Kreisen für „fair“ und moralisch gilt, und umgekehrt. Aus dieser verschiedenen Klassenmoral und den Klassen sitten resultiert aber wiederum eine differente Anschauung über das, was Gewissen, was Gut und Böse, Recht und Unrecht ist, und die dem Volksempfinden so oft widersprechenden Klassenurteile, gefällt von Klassenrichtern, belegen am besten die Wichtigkeit von der zweierlei Moral und zweierlei Sitten je nach der Angehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht. So verhalten unangekehrt die Arbeiter das sogen. „Ehrgefühl“ der höheren Klassen beim Duellunfug z. B. nicht, nicht die daselbst herrschenden Unsitten, einen höheren Beamten, Offizier

* Siehe die Schriften Joseph Dietzgens sowie von Engels und Ludwig Feuerbach, und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Stuttgart, F. G. W. Dietz.

